

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Er scheint 7 mal täglich, auch Sonntag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.— M., vierteljährlich 2.— M., durch Post und außer. Bezugsstellen frei im Land monatlich 1.20 M., vierteljährlich 2.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.30 M., vierteljährlich 2.60 M., ohne Befreiung. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Druck Nr. 2013, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 2 Pf., Restland 1.— Pf., außerh. 20 Pf., Restland je 1.20 Pf. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 Pf. pro 1000.

Nummer 316.

Montag, 24. Juni 1918.

72. Jahrgang.

# Keine Aenderung der bulgarischen Politik.

## Ämtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Juni. (Ämtlich.)  
Wesilicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

An der Ancre und Aise blieb die Geschützigkeit tagüber gesteigert. Am Abend lebte sie auf anderen Abschnitten der Kampffront auf. Während der Nacht regte Erkundungstätigkeit. Ostlich von Madonvillers drangen Sturmtruppen in amerikanische und französische Gräben ein, fügten dem Feind schwere Verluste zu und brachten 40 Gefangene zurück.

Leutnant Udet errang seinen 31. und 32., Oberleutnant Schring seinen 20. und 21. Luftsieg.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

## Die Flucht aus Paris.

Berlin, 24. Juni. (Sta. Tel. 15.)

Die Entfernung der Kunstwerke aus den Pariser Museen dauert fort. Die Massenflucht aus Paris nimmt eine derartige Ausdehnung an, daß die drei nach dem Süden führenden Eisenbahnen die Flüchtenden nicht mehr befördern können.

## Die Papiernot in Frankreich.

Bern, 24. Juni. (Wolff-Tel.)

„Humanität“ meldet: Der Vorstand für die wirtschaftlichen Interessen der französischen Laesepreise beschloß in seiner Hauptversammlung vom 17. Juni, daß vom 1. Juli ab bis auf weiteres die Laesepreise nur dreimal wöchentlich viermal und viermal zweifach erscheinen dürfen. Dieser Beschluß ist auf die immer ärger werdenden Schwierigkeiten der Papierbeschaffung zurückzuführen.

## Zum Rücktritt des Kabinetts Seidler.

Entscheidung über die Demission vorbehalten.

Wien, 24. Juni. (Wolff-Tel.)

Der Kaiser erließ nachstehendes Allerhöchste Handschreiben:

Hochw. Herr Dr. Ritter von Seidler!

Sie haben mit Hinweis darauf, daß unter den gegebenen Verhältnissen meiner Regierung die Bildung einer Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht möglich ist, mir im Namen des Gesamtkabinetts die Bitte um Enthebung von Amte unterbreitet. Da es meine Absicht ist, unter unverbrüchlichem Festhalten an dem vertrauensvollen Verhältnis zu jenen Parteien, die auch bisher unbedingt für das Staatsinteresse eingetreten sind, zunächst alle Möglichkeiten zu prüfen, wie die Erledigung der öffentlichen Angelegenheiten auf parlamentarischem Wege sichergestellt werden könnte, behalte ich mir die Entscheidung über Ihre Demissionsgesuch vor und bezeuge Sie mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

## Deutsch-österreichisch-ungarische Besprechungen.

Wien, 24. Juni. (Sta. Tel. 15.)

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns über die mit der Erneuerung des Bündnisses zusammenhängenden Fragen wirtschaftlicher Art sollen am 8. Juli in Salzburg beginnen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch eine kurze Verschiebung eintritt. Dies hängt davon ab, ob bis zu dem genannten Zeitpunkt die Vorbereitungen mit denen man zurzeit in Berlin und Wien beschäftigt ist, abgeschlossen sein werden.

## Unerhörter Eingriff Krakaauer Behörden.

Beschlagnahme deutscher Feldpostsendungen.

Wien, 23. Juni. (Sta. Tel. 15.)

Die österreichischen Bahnbeförden in Krakau haben nach Meldungen der dortigen Blätter acht Eisenbahnwagen mit deutschen Feldpostsendungen beschlagnahmt und beschlagnahmt. Die Sendungen sind der Mehrzahl nach Kunstkloppakete mit Lebensmitteln und an Krakauer gemeinnützige Vereine zur Verteilung überwiesen worden. Der Vertreter der deutschen Konsularverwaltung hat gegen dieses Verfahren an der zuständigen Stelle Widerspruch erhoben.

Von deutscher Seite muß mit rückwärtsloser Entschlossenheit gegen derartige rechtswidrige Anmaßungen deutschen Eigentums durch eine österreichische Behörde eingeschritten werden. Hat man in Österreich Hunger, so trägt die Unanständigkeit der österreichischen Lebensmittelverhältnisse und wohl noch anderes Schuld daran. Trotzdem man in Deutschland wahrhaftig nicht im Überflusse lebt, hier vielmehr die Brotkrone verkümmert werden mußte, haben

die deutschen Behörden den Österreichern bereitwillig ausbezahlt: sogar von dem für deutsche Heeresbedürfnisse bestimmten Getreide wurde den Österreichern eine sehr große Menge zur Verfügung gestellt. Sie und nimmer darf es aber erlaubt werden, daß eine österreichische Behörde sich nun auch an dem Privateigentum deutscher Soldaten verweigert. Die Sendungen, die man aus Deutschland dem im Feld ruhenden Angehörigen senden wollten, sollten wenigstens den ämtlichen Stellen der Bundesgenossen heilig sein.

## Von der Piavefront.

Berlin, 24. Juni. (Sta. Tel. 15.)

Von der Piavefront wird dem „Berl. Tagblatt“ gemeldet: Seit gestern herrscht in Venetia abermals Regen. Durch die Regenflut im Gebirge ist die Piave weit über die Ufer getreten und hat das ganze Gelände in ein Schlammmeer verwandelt. Die das Gebiet durchziehenden zahlreichen Klüften sind zu Wildbächen angewachsen. Wegen der Stellungen am Montebellone und am Salsafeld der Piavefront werden trotzdem von den Italienern die üblichen Wasserarbeiten unternommen. Diese Arbeiten wurden teilweise durch die Regenwirkung der L. u. F. Artillerie im Keime erstickt und dort wo sie sich entwickeln konnten und die Besatzer an die Stellungen näher herankamen, in blutigen Handgemein zurückgeworfen. Italienische Gefanoone erzählen, daß sie rücksichtslos in das Feuer vorgetrieben wurden, und erklären, daß bei diesen Wasserarbeiten ohne Realmenter von Diaz geodert werden.

K. Jährig, 24. Juni. (Sta. Tel. 15.)

Der „Secolo“ meldet am Samstag: Das reisende Hochwasser der Piave bringt Venetia und das maritim wichtige Lagunengebiet außer den Gefahrenbereich. Das Unwetter an der Front überflutet alle Hochwassersperioden der drei Kriegsjahre.

## Eine bemerkenswerte Zeitungsäußerung.

K. Jährig, 24. Juni. (Sta. Tel. 15.)

In bemerkenswerter Weise schrieb am Freitag früh die römische „Tribuna“: Das an der Front eingetretene Unwetter bringt möglicherweise eine Einkesselung der beiderseitigen Operationen. Sollte auch dieser Sommer ohne eine Entscheidung zwischen den beiden Kriegführenden verlaufen, so dürfte man im Herbst wohl auf beiden Seiten die Möglichkeit feststellen können, sich einmal über die beiderseitigen Kriegsziele auszusprechen.

## Prinz Leopold von Bayern in Neval.

Neval, 24. Juni. (Wolff-Tel.)

Der Oberbefehlshaber Ost, Prinz Leopold von Bayern, ist gestern morgen in Begleitung seines Sohnes, des Prinzen Georg von Bayern, zu einem Besuch in Neval eingetroffen. Bei der Fahrt durch die festlich geschmückte Stadt wurde er durch die Volksmasse freudig begrüßt. Auf dem Peterplatz fand die Garnison in Parade. Anschließend erfolgte der Empfang der ehrendienstlichen Ritterschaft, sowie der Vertreter der Bürgerschaft und der Geistlichkeit. Prinz Leopold hielt eine Ansprache, worin er den Bewohnern Erlands unter dem Schutze des Deutschen Reiches nach den Stürmen der Vergangenheit eine glückliche Zukunft wünschte. Es folgte eine Rundfahrt durch die Stadt und ein Besuch im Ritterstabsquartier. Der Ritterstabschef, Hauptmann Frhr. von Dellingshausen sprach in tief empfundenen Worten den Dank des Landes für die Rettung durch die ruhmvollen Truppen aus. Prinz Leopold dankte in einer Ansprache. In der er es begrüßte, daß die schönen baltischen Lande ihrem alten Mutterlande wieder näher gebracht werden könnten, und die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß, das laute Wiederhall fand. Abends 9 1/2 Uhr verließen die Gäste die Stadt.

## Die auswärtige Politik Bulgariens.

Malinow nennt Radoslawow's Kurs.

Sofia, 24. Juni. (Wolff-Tel.)

Der neue bulgarische Ministerpräsident Malinow empfing den Vertreter des bulgarischen Bureaus an einer längeren Unterredung. Er betonte dabei, daß die Gründe für den Kabinettswechsel ausschließlich in innerpolitischen Schwierigkeiten laien wie sie namentlich durch die Nachkriegsmittelverteilung entstanden seien. An der äußeren Politik habe er ein autes Erbe übernommen. Für das bulgarische Volk wie bisher in treuer Vorkriegsbrüderlichkeit mit den Verbündeten keine ganze Kraft einsetzen werde. Die neue Regierung hoffe nicht nur auf die Hilfe der im Kabinett vertretenen Parteien, es sei auch beabsichtigt, das in großen nationalen Fragen alle Parteien mit Einschluß der bisherigen Mehrheit zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuführen werden. Die Richtlinien seiner Politik würden sein: die Sicherstellung der Ernährung des Volkes und der Armee und die Bekämpfung des Vertrauens in seine Zukunft. Nicht Parteiprogramme würden fest machend sein, sondern alles, was das Wohl des Vaterlandes bedinge. Daß hiermit zugleich am besten die Sache der Verbündeten gewahrt werde, bedürfte keiner weiteren Ausführungen.

## Telegrammwechsel zwischen Zar Ferdinand und dem Kaiser.

Berlin, 24. Juni. (Wolff-Tel.)

Anlässlich des Wechsels des bulgarischen Ministerpräsidenten hat zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Seiner Majestät dem Zaren ein Telegrammwechsel stattgefunden. Zar Ferdinand hat dem Kaiser mitgeteilt, daß er Dr. Radoslawow, der einer der stärksten Träger des Bündnisgedankens gewesen sei, nur schweren Herzens aus innerpolitischen Gründen von seinem Posten scheidet. Er brauche aber wohl nicht zu versichern, daß durch die Ernennung Malinow's zum Nachfolger Radoslawow's die Außenpolitik Bulgariens keine Aenderung erfahre, daß diese sich auch fernerhin in den Bahnen weiterbewegen werde, die Bulgarien auf die jetzige Höhe geführt und mit der es mit Gottes Hilfe und Kraft seines freundschaftlichen Bündnisses seine gerachten Ziele zu erreichen hoffe. — In seinem Antworttelegramm hat Seine Majestät der Kaiser die großen Verdienste Radoslawow's um Bulgariens Neugestaltung und um das deutsch-bulgarische Bündnis hervorgehoben und seiner Freude darüber Ausdruck verliehen, daß er den Worten des Zaren entnehmen könne, daß durch die Ernennung Malinow's, dessen er sich von Sofia sehr gut erinnere, die bisherige Außenpolitik Bulgariens keine Aenderung erfahren werde. Das bekräftige ihm in trefflicher Weise, was für ihn von vornherein außer Frage gestanden habe, daß die Freundschaft und das politische Bollen des Zaren die sichere Garantie seien, daß unabhängig vom Wechsel einzelner Persönlichkeiten Bulgarien auf dem mit dem Abbruch des Bündnisses beschrittenen Weg weiter gehen werde, der es schon zu so schönen Erfolgen geführt habe.

## Polnischer Staatsrat.

Warschau, 23. Juni. (Wolff-Tel.)

Gestern vormittag fand im Kolonnenaal des alten Warschauer Königsschloßes die feierliche Eröffnung des Staatsrates durch den Erzbischof von Rakowski statt. Unter dem Vorantritt des Ministerpräsidenten von Stecowski und den Mitgliedern der polnischen Ministerien betrat der Regent Schastkowitsch den Saal.

Prinz Lubomirski verlas namens des Regentenschaftsrates

die Thronrede.

in der er u. a. heißt: Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Kraft des polnischen Staates. Im Staatsrat erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Befehlen sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bestimmungen für die Gestaltung einer polnischen politischen Verfassung, als auch die dringenden Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Dasselbe begrüßt der Regentenschaftsrat, ohne seine Augen davon zu verschließen, daß die Grundzüge, auf denen in einer ungewöhnlichen Lage der Staatsrat aufzubauen werden mußte, Mängel aufweisen, und auch ohne zu vergessen, daß die Zusammenkunft des Staatsrates kein neues Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wiedergeben wird. In Ihrer Versammlung die erste polnische gesetzgebende Körperschaft leitet vielen Tahren.

Prinz Lubomirski betonte zum Schluß: Wir fügen uns auf den großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges Dasein verhängen. Diese Bürgschaft ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Überzeugung, daß die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Polens, in engem Einvernehmen mit den beiden Centralmächten fortsetzbar, in einem dauernden Vertrage mit diesen zum Ausdruck kommen wird. Indem wir diesen Weg gehen, wünschen wir, daß Polen seine historische Mission im Osten Europas verwirklichen wird.

Nach der Verlesung der Thronrede erklärte der Erzbischof den Staatsrat für eröffnet. Nachmittags fand die erste ordentliche Sitzung statt, in der die Wahl der beiden Bismarckschiller, der vier Sekretäre und eines Hauptauschusses vorgenommen wurde.

## Amerikanische Sozialisten auf der Berner Konferenz.

Bugano, 24. Juni. (Z.-H.-Tel.)

Nach Meldungen der Mailänder Blätter gab Wilson seine Zustimmung zur Entsendung der sozialistischen Delegierten Amerikas; sie werden sich gegen die Teilnahme der deutschen Delegierten an der Sozialistenkonferenz in Bern aussprechen.

## Schnee in Buenos-Aires.

Buenos Aires, 23. Juni. (Wolff-Tel.)

Daswiedermeldung. In Buenos Aires und in vielen anderen Orten, wo bisher niemals Schnee gefallen ist, schneit es. Der Schnee fällt seit Beginn des Nachmittags unauflösllich auf die Stadt hernieder. Ein ungewöhnliches Schauspiel, denn es ist das erste Mal, daß man weiße Dächer und Bäume sieht. Auch aus Rosario und anderen Städten werden reichliche Schneefälle gemeldet. (In Buenos Aires, das bekanntlich auf der südlichen Halbinsel liegt, herrscht augenblicklich die kalte Jahreszeit.)

Kurze politische Nachrichten.

Aus Reichstag und preussischem Landtag. Die wortreichen Debatten der letzten Zeit im Reichstag haben die in Aussicht genommene schnelle Verabschiedung des Reichshandelsplanes verhindert.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 24. Juni. Persönliches. Der Geheime Regierungsrat Berger ist am 18. Juni der Regierung in Arnshagen zur weiteren dienstlichen Verwendung als Mitglied des Oberversicherungsamtes in Dortmund überwiesen worden.

tumdanprüche können bei der Kriminalpolizei, Zimmer 4a, geltend gemacht werden. Stiefdiebstahl verfolgt werden vom ersten Staatsanwalt in Wiesbaden das Hausmädchen Anita Karszer, geb. 30. April 1890 zu Neuhammer, Kreis Waldenburg, zuletzt wohnhaft in Biebrich, wegen Diebstahls und der Mordelbsttransporitur August Viehacker, geb. 25. März 1878 zu Großschönwig, Kreis Oppeln, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, wegen Einbruchdiebstahls.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw. Residenz-Theater. Heute abend 7 1/2 Uhr wird Franz Berbers melodische Schwanoperette 'Die ungetreue Adelsheid' wiederholt. Morgen, Dienstag, 7 1/2 Uhr wird die berühmte Tänzerin Mathilde Bühr einen einmaligen Tanzauftritt veranstalten und dabei eine Reihe ihr besonders liebender Tänze aus der Zeit Friedrich des Großen zum Vortrag bringen; ferner auch ihre Spezialität: einen Schlangentanz, in dessen künstlerischer Bewältigung sie heute noch der unvergleichlichen Ruth St. Denis wohl einzig dasieht. Am gleichen Abend gastiert auch Herr Josef Garais vom Opernhaus in Frankfurt, welcher wieder zur Laute sitzen wird.

Kinos, Unterhaltung und Vergnügungen. Im Kaffee Orient spielt heute Montag abend das bestbekannte Wiesbadener Waldhorn-Quartett (Mitglieder des Stadt-Kurorchesters unter Mitwirkung des Piston-Virtuosen Ewald Dietzel.

Die öffentliche Bewirtschaftung. In der gesamten Presse kommt immer wieder die Enttarnung der Verbraucher über das Obst, das man weils nicht recht wohin von den öffentlichen Märkten und Verkaufsstätten verschwinden ist, zum klammernden Ausdruck. Zwar wird von der Reichsstelle für Gemüse und Obst versucht, die Bozen der Erzeugnis zu klären mit dem Hinweis auf die dort unter Mittel geschätzte Ertragsmenge, allein damit kann nicht auf erklärt sein, warum es überhaupt keine Märkte mehr zu kaufen gibt. Diese bekümmerte Anfrage wird in Berlin ebenso wie in Südwestdeutschland erhoben, und die Antwort — bleiben die maßgebenden Stellen einweilen schuldig. Ist es nun das Zentrum an sich, oder sind es die Ausführenden, die Schuld tragen an dem Verdrückel mit dem Obst?

die Forderung wiederholt werden, daß solange die Verknappung der Lebensmittel und Futtermittel andauert, die öffentliche Bewirtschaftung für die hauswirtschaftlichen Lebensmittel bestehen bleibt. Auf der einen Seite fehlt es vielfach noch an der durchreisenden Erleichterung und ausreichenden Verteilung sowohl in den Vorstädten wie in der Handhabung. Auf der anderen Seite wird die Verteilung der Waren durch die viel zu zahlreichen Zwischenhändler mit immer neuen Vorschriften und Bedingnissen belastet und wird verteuert zum Schaden der Verbraucher des Kleinhandels, dem oft die erforderlichen Rückläufe nicht mehr bewilligt werden können, und der Städte, die trotz aller Anstrengungen vielfach dem Ruin zur Herabde von Wirtschaften ausgesetzt werden während in einzelnen Wirtschaften, so bei den Viehhändlerverbänden, gewaltige Kapitalien anwachsen. Die Bedingnisse und Belästigungen die sich aus der Monopolwirtschaft für das ganze Volk erachen, darunter besonders auch für die landwirtschaftlichen Erzeuger können nur dann ordentlich werden, wenn die Waren auf billigerem und einfacherem Wege an den Verbraucher gelangen.

Demnach erklärt sich der Deutsche Städtetag für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, das er in seiner Resolution offen und noch mehr ausföhrlich den Reichen verurteilt. Aussehen ist allerdings, daß die Vertreter der Kommunen in ihrer einseitigen Besinnung — es handelt sich hier ja nur um die Interessen der Verbraucher — schwer zu einem anderen Entschluß gelangen konnten. Ebenso wenig wie der Reichstagsauschuss bei der Erörterung des Antrags Rückde den Sorgen insLicht zu weisen für richtig hielt, konnten die Städte aus sich heraus an den Grundbäden der Erzeugniswirtschaft rütteln, so lange sie keine Sicherheiten haben, daß es auf andere Weise besser werden würde. Mit dem Hinweis daß die Waren auf dem billigeren und einfacheren Wege an den Verbraucher gelangen können, ist aber noch nicht gesagt was zur Abhilfe gegen die vielen kleinen Uebel beitragen könnte: es bleibt unklar, ob der Städtetag damit nur die Verteilungsanstalten kritisieren will oder weitergehend eine Reform der Lebensmittelwirtschaft bei den Erzeugern befürwortet, etwa im Sinne des Ausbaues der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Auswärtige Börsen. New-Yorker Börse. New-York, 20. Juni. V. K. L. K. Tendenz für Geld, Gold auf 24 Stunden, Wechsel Berlin, Silber-Bullion, etc.

Statt besonderer Anzeige. Am 11. Juni fiel mein geliebter Mann, mein gutes Väterchen, unser lieber Sohn, Bruder und Schwiegervater Carl Becker. Teilhaber der Firma Emil Becker, Hoflieferant.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass unsere liebe treue sonnige Tochter und Schwester Helmi Kleinschmidt stud. med. im 20. Lebensjahre in Marburg nach nur viertägiger schwerer Erkrankung ihrem auf dem Felde der Ehre gefallenen Bruder in die Ewigkeit nachgefolgt ist.

Kaffee Orient. Heute Montag abend 8 Uhr: Künstler-Abend Wiesbadener Waldhorn-Quartett (Mitglieder des Stadt-Kurorchesters) unt. Mitwirkung d. Piston-Virtuosen Herrn Ewald Dietzel. 3 Sorten prima Eis.

Evang. Familien-Kolumnat, Oberlahnstein a. Rh. für Schüler d. Comm. u. Realros. Einzelunterr. i. Hausf. Vorzügl. Empfehlungen. Reichs-Erfahrungen. Anfallsplan d. Prof. Paul Beer. Der Kreis-Ausschuss des Landkreises Wiesbaden.

Martha. Tel. 6137. Herz-Capes, hochlegant, verkauft preiswert. Geschwister Bek, Gr. Burgstr. 9, 3. Telefon 6534.

Hausmädchen oder Frau. Frau von Kaufmann, Sonnenberger Straße 43, 3. St. Villa Diana, Gartenstr. 22. Telefon 3414. 15656. Bank sucht Dame die sich für den Expeditionsdienst eignet. Gest. Angebote unter 3 363 an die Geschäftsstelle b. Blattes, Nikolaisstraße 11. 19944

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Ausgabe von Butter am Dienstag, den 25. Juni 1918, vormittags in den hiesigen Geschäften (55 Gramm für jeden verlorungsberechtigten Einwohner). Die Lebensmittelausweiskarte ist in den Geschäften vorzuzeigen. Sonnenberg, den 24. Juni 1918. Der Bürgermeister. Buchelt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung. Zu Arbeitszwecken geeignete Holzschube sind auf dem Landratsamt in größerer Zahl noch verständig (Zimmer 23). Die in Frage kommenden Einwohner werden dringend gebeten, so bald als möglich sich mit Holzschuben zu versorgen. Sonnenberg, den 21. Juni 1918. Der Bürgermeister. Buchelt.